

Saale-Beitung.

Anzeigen

Werden die Spaltenpreise oder deren
Rahmen mit 30 Pf., solche aus Halle mit
20 Pf. berechnet und in der Expedition,
von untern Annahmestellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Kleinanzeigen die Seite 75 Pf.
Ertheilt unentgeltlich gratis:
Sonntags und Montags einmal,
sonst je nach Bedarf.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

Zehndreihziger Jahrgang.

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
regelmäßiger Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Nachschneidern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Bezugsbuch
unter Nr. 6553 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
Erschienen von 10^u 1/2 bis 12^u 1/2 Uhr.
[Hrsg.: Redaction Nr. 2332. -- Expedition Nr. 176.]

Nr. 74.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 13. Februar

1902.

Der Bund zwischen West und Ost.

Der gefestete bereits von uns seinem Vorlaute nach ver-
öffentlichte und im heutigen Morgenblatt schon kurz erörterte
Vertrag zwischen England und Japan stellt sich, je eingehender
man sich in ihn vertieft, als ein diplomatisches Werk dar, das
für die Gestaltung der Lage im Osten, in China, nicht
nur, sondern für die weltpolitische Konstellation überhaupt von
weittragender Bedeutung werden kann. Die „splendid isolation“,
auf die sich die englischen Minister in ihren Unterhaus- und
Senatreden immer recht viel zu gute thaten und die sie so
gern als Beweis für die Stärke und die Wachstums-
willens ins Feld führten, muß an der Yemle doch un-
absehbare Empfindungen erweckt haben, darauf deutet einmal die
immerhin anfällige Eile hin, mit der man beschleunigt, die
Welt von dem Bündnisvertrag in Kenntnis zu setzen, dann
aber auch die Wahl des Bundesgenossen selbst, die dem Ab-
kommen einen Charakter aufprägt, der auf die Situation
im Osten ein bezugsreiches Licht wirft. Die Dinge
haben sich seit der großen europäischen Aktion dort durch-
aus nicht berast gestaltet, daß England Veranlassung hätte,
festzustellen zu sein, denn mehr und mehr läßt sich erkennen, wie
Hinsicht langsam aber stetig und in der Stille seinen Einfluß
im Osten immer weiter vergrößert und ihn auf die chinesische
Regierung bereits so sehr und so nachdrücklich geltend zu machen
weil, daß England ganz außerordentlich im Hintergrunde ge-
raten ist und die mögliche Position, die es einst in China
besitz, längst verlieren hat. Anzeichen zeigen sich hier im äußersten
Osten die Wirkungen dessen, was unten im Süden des schwarzen
Ozeans vorgeht, und es ist denen ohne weiteres beizumessen,
da es erklärt, daß sich das Bündnis zwischen England und
Japan ganz ausgesprochen gegen Rußland richtet.

Wie England hat ja auch Japan alle Ursache, auf Abstand
eifersüchtig zu sein, denn die japanische Politik wurzelt eben zu-
nächst in Korea und den angrenzenden chinesischen Gebiets-
teilen, ohne deren Besitz die Idee von einer ostasiatischen,
nicht nur die Meere des Ostens, sondern auch den Handel
dort beherrschenden Weltmacht, die im Reich des Mikado
den Ansprüchen zu eben dem gewaltigen Reigen und Streben
ist, durch das sich die Japaner auszeichnen, kaum
jemals Aussicht auf Bewirkung haben würde. Auf
Korea hat aber gerade auch Rußland sein Augenmerk ge-
richtet und wie die Mandchurien faktisch bereits, wenn
auch ohne Krieg und Siegel, unter seine Oberhoheit ge-
bracht hat, so lauten die Absichten der russischen Regierung
darauf hinaus, auch die forstliche Palästina unter ihren Ein-
fluß zu bringen, Absichten, deren Verwirklichung sie ebenso
andauernd nachstrebt, wie der allmählichen Verdrängung Eng-
lands aus dem nördlichen und mittleren China. Es sind also
gemeinsame Interessen, die die westliche und die östliche Macht
zusammengeführt haben, und es trägt sich nur, wer bei dem
Pakt der Mägerei gewesen ist. Ohne Zweifel England. War
es bisher in der Bestimmung seiner ostasiatischen Politik gebunden
dadurch, daß ihm keinerlei ausreichende Machtmittel zu Gebote
standen, um dieser Politik event. auf dem Lande entsprechenden
Nachdruck geben zu können, so hat es dieses Element jetzt aus
dem Wege geräumt, denn Japan verfügt bekanntlich über eine
Landmacht, die nicht nur trefflich ausgebildet ist, sondern auch
bereits bewiesen hat, daß sie im Felde den europäischen Truppen
nur wenig nachsteht, und mit seiner Flotte wäre England in der
Lage, wenn es sein muß, der russischen Politik diejenigen
Gegensätze zu geben, die es in eigenen Interesse für wünschens-
wert erachtet. Japan hat zwar daselbst Interesse, aber wer
die englische Politik genauer verfolgt hat und die Gepflogen-
heiten der englischen Staatsräthener kennt, der wird sich über-
zeugt haben, daß es immerhin erst ein zweites Gelingen anstreben
wird, und bei Japaner dürfte es kaum auch halb genug
benutzt werden, daß England ihrer Politik in Form des Be-
trages einen Hemmschuh angelegt hat, nur zu dem Zwecke, die
eigenen Interessen davor zu bewahren, etwa zwischen beiden
Mächten und Japans eingeklemmt zu werden.

Wie man in Rußland über das Abkommen denkt, wird man
schon abzumachen haben. Nach den vorliegenden Nachrichten
hat es in Petersburg ebenso überaus dankbar gewirkt, wie anderwärts
auch, es ist aber anzunehmen, daß man sich dort zunächst mit
der vollen Genüge befaßt an sich abfinden und abwarten wird,
welche praktischen Folgen sich aus dem Pakt ergeben. Daß die
russische Politik in Ostasien dadurch auf andere Bahnen ge-
drängt wird, glauben wir nicht, selbst nicht, wenn, wie die
„Daily Mail“ behauptet, die englische Regierung demnächst
Hinsicht ihre Forderungen auf Wahrung der englischen kom-
merziellen Rechte in der Mandchurien vorlegen sollte. In unmittel-
barem Hinblick an die Veröffentlichung des Vertrages würde
ein solcher Schritt zwar die Eigenschaften einer unvorbereiteten Hand-
lung tragen und in Petersburg sicher demgemäß aufgefaßt
werden, ohne daß England aber sonderlich viel damit erreichen
würde, denn die russische Position in der Mandchurien
ist bereits viel zu sehr gefestigt, als daß sie irgendwelche Rück-
sichten auf die englischen Interessen zu nehmen brauchte. Einen
Kampf um die Oberhoheit in Ostasien, an dem sich Japan
allerdings aus eigenen Interessen mit allen seinen Kräften
betheiligen würde, braucht Rußland um so weniger zu fürchten,
als es jederzeit in der Lage ist, England um drei oder vier
Stellen in Asien in Tätigkeit zu versetzen und seine Kräfte so
konzentrieren. Wer in dem Kampfe mit Japan über Sieger
denken würde, kann kaum zweifeln sein, wenn man erwägt,
daß der russisch-französische Zweibund im Falle eines Zu-
sammenstoßes auch im Osten praktische Gestalt annehmen
würde, wie denn, ganz abgesehen hiervon, die französische
Presse schon jetzt dem englisch-japanischen Abkommen wenig
erschrocken gegenübersteht und erklärt, es sei eben gegen
Frankreich wie gegen Rußland gerichtet, weil es die französischen
Interessen in Ostasien bedroht.

In welchen Beziehungen Deutschland, das bekanntlich durch den
Jangtse-Vertrag mit den englischen Interessen in China ver-
knüpft ist, zu dem neuen Bündnis steht, weiß man noch nicht.
Hoffentlich sind sie nur sehr locker, zu nicht verpflichtender
Natur, denn daß der Bund zwischen Ost und West die sehr
zweifellosste Lage in Ostasien günstiger und freundlicher gestaltet
habe, läßt sich kein bester Willen nicht bezweifeln. Eher das
Gegenteil.

Deutsches Reich.

Die englischen Intrigen.

Die gegen den Reich des Prinzen Heinrich in Amerika ge-
hobenen wurden, sind durch die Veröffentlichung des „Reichs-
angelegers“ wie nicht minder durch die recht deutliche Note,
welche die „Nordd. Allg. Ztg.“ dieser Tage veröffentlicht,
gründlich zerstört worden. Wegen zur Stunde auch noch seine
Aussagen der Londoner Presse über die neueste offizielle
Publikation der deutschen Regierung vor, so beweist doch das
Verhalten der Jingo-Presse angefaßt der Note der Nordd.
Allg. Ztg., daß sie mit ihrem Votum völlig zu Ende ist. Die
sonst so schnell arbeitende Redaktionsmaschine verlag in
diesem Falle vollkommen, und die „Times“ a. B. die von ihrem
Washington-Korrespondenten spaßenslange Stimmungsberichte
über die Begeisterung veröffentlicht, die in Amerika ob der
zunehmend entfallenden brüderlichen Haltung Englands gegenüber
den kontinentalen Großmächten in Sachen einer Intervention
von dem spanischen Kriege entsetzt sei, findet in ihrem
redaktionellen Theile auch nicht ein Wort, um der doch
so gar nicht gewöhnlichen halbamtlichen Kundmachung auch
nur den Versuch eines Kommentars entgegenzusetzen. Sie
überläßt die einzige knappe Äußerung ihrem Berliner
Gewissensmann, der freilich auch nicht gar viel im
Angensicht zu sagen weiß. Er theilt an die Lesermitteilung
des „Reichsangelegers“ seine Erwahnung, die nicht gerade heftigste
Weisheit, daß man annehmen dürfe, daß die russische Note
Berlin habe sich vor der Veröffentlichung seiner Erklärung
dortüber vergewissert, daß die deutsche Kabinette des Kontinents
seine Auffassungen bezüglich des „angehenden“ Vorgehens vom
14. April 1898 theilten. „Es geht indessen, so schließt er
vorlethlich, noch andere Gesichtspunkte, unter denen die Fest-
stellung der deutschen Regierung bedacht werden dürfte, und
sogar namentlich in London.“ Auch der „Standard“ hüllt sich
in diesem Falle in anfällige Schwelgerei. Sein Berliner Ver-
treter behauptet, daß die Erklärung der deutschen Re-
gierung abernach ein Widerspruch von England oder Amerika
aus entgegengesetzt würde, dafür gerort ist, daß alsbald dotu-
mentarische Belege über den Vorgang in Washington der öffent-
lichen Kenntniss unterbreitet werden würden. Das ist ja zu-
zwischen durch die Veröffentlichung des „Reichsangelegers“ ge-
schienen. Von den meist kurzweiligen Bemerkungen der Sentations-
blätter, die natürlich am Worte nie verlegen sind, löst es sich
nicht zu sprechen. Die Tendenz dieses Schwelgers geht dahin,
die Sache jetzt so darzustellen, als ob man sich in Berlin eifrigst
bemühe, dem Prinzen Heinrich einen sonst zweifelhaft getretenen
enthusiastischen Empfang zu sichern.

Nach dem geringen Tam-Tam, den der erstirreteste Theil
der englischen Presse in den letzten Wochen über die vorgebildeten
Gewisse der englischen Rotationsamerika vor und in dem
spanischen Kriege erhoben hat, wird es in der That auch sehr
selten sein, einen geordneten und stillen Witzling zu finden.
Deshalb kann man in diesem Falle überlegen sein, daß der
Berliner „Times“-Korrespondent recht behalten wird, wenn er
anordnet, die Erklärung der deutschen Regierung habe gerade in
London, „einen besondern Akzent“. Nachdem man näm-
lich von autoritärer Seite nichts gefast hat, um die durch-
sichtig tendenziösen Legenden über Englands Verhalten vor dem
Sino-Kriege zu beseitigen oder ihnen auch nur abzuwinnen,
steht sich das Kabinett Solibub vor dem gelammten Europa
leicht in der Lage, einen Nimbus abstriften zu müssen, mit dem
man Amerika gegenüber politische Geschäfte zu machen gewohnt
ist. Und das ist auch in der Politik nicht annehmlich.

Politik.

Das süßende Oran der Agrarier, die „Dtsch. Tagesztg.“,
präcisiert noch einmal den Standpunkt, den die Vertreter
des Bundes der Landwirthe im Reichstage dem Zolltarif-
entwurf gegenüber einzunehmen haben und nach Versicherung
des Blattes auch einnehmen werden.

Die Vertreter des Bundes der Landwirthe im Reichstage
weisen, so schreibt das Blatt, „nahe genau, was sie zu thun
haben und welche Verantwortung sie tragen. Sie werden be-
halten und nicht zerfallen in die Hände der Agrarier, selbst
selbst solche zu machen und sie nicht in der Lage
Sie werden mit Hilfe den auf sie selbst entfallenden Theil
der Verantwortung tragen, sondern aber unbedingt auf
andere die Verantwortung zu übertragen. Selbstverständlich
ist, wie wir mehrfach hervorgehoben haben, eine Veräu-
ßerung der Schlichtung in der Sache, wenn die Höhe des
Zolltarifentwurfs als unabwehrlich gelten sollten.
Dieser Meinung ist auch die Deutsche Volkswirtschafts-Kor-
poration, die bekanntlich industrielle Interessen zu vertreten hat. Sie
schreibt ausdrücklich, daß es ein großer Fehler sein würde,
wenn der Reichstag weitere Verhandlungsvorschläge
für die Vorhänge sein müßten, die auch von uns schon er-
örtert worden. Es dürfen sich nicht auf einzelne Positionen
beschränken, sondern müssen den gesamten Tarif ins
Auge fassen. Geht das nicht, bekanntlich man sich wieder
auf eine oder einige Positionen, um die sich der Hauptkampf
um Zeit dreht, so wird es sachlich unmöglich sein, so solchen
Vorschlägen jetzt schon in bindende Entscheidung zu nehmen.“

Trotz dieser einschüßenden Auslassungen wird die „Dtsch. Tages-
zeitung“ einst noch froh sein, wenn ihre Freunde das werden
erzielen können, was ihnen die Regierung in ihrem Entwurf

anbietet. Das sich das agrarische Organ von seiner anfänglich
fateorgisch fernenden bisher zu einer Verhandlungsbereitschaft
nicht abgeneigten Haltung durchgemacht, wird es auch weiter-
hin noch einen Blick zurückwerfen müssen, bis es auf der Höhe
angelangt ist, die gegenwärtig von der Regierung eingenommen
wird, von der es aber noch durchaus nicht feststeht, ob sie un-
veränderlich ist und nicht noch weiter nach unten gehoben werden
muß.

* Neben Tische hat sich bereits auf die Stelle bezogen, um
die Erbschaft des deutschen Handels in Rußlands-Polen
anzutreten. In Warschau sind Bremerer Wollungen zufolge
dieser Lage auf Veranlassung der scheidenden Reichsrathe-Abge-
ordneten Horca und Mahala, sowie der Handelskammer-Vä-
sibenten von Ring und Witten Vertreter von 16 tschechischen
Fabriken eingetroffen, um mit den Zimmern, die sich an der
deutschfeindlichen Bewegung beteiligen, geschäftliche Verbindun-
gen anzuknüpfen. In Warschau werden sich die Tischeben
über Tage aufhalten und hierauf zu demselben Zwecke Wien,
Prag, Brest und Krakau besuchen. — Der Begriff von
Rußlands-Polen scheint hiernach bei den dortigen Tischeben noch
sonderlich gefast zu sein. Aber abgesehen davon, der Eintritt
der deutschen Erbschaft dürfte ihnen, wie aus unserer Meldung
im heutigen Morgenblatt hervorgeht, schon deshalb etwas schwerlich
und gewagt sein, weil die geschäftlichen Chancen der Polen denen
der Tischeben gleichkommen, beide also nicht leistungsfähig und
kapitalkräftig genug sind, um mit einander arbeiten zu können.
Sie mögen es nur immerhin versuchen.

* Das vorerzählte Dementi der Melbuna, Deutschland habe
keine Handelsverträge mit Oesterreich und Italien bereits auf
ein Jahr verlängert, wird jetzt auch aus Wien bestätigt.
Gleichzeitig wird von dorther mitgeteilt, in Berlin amtlichen
Kreis sei man darauf gefast, daß der Zolltarif in dieser
Session, viellecht auch in der nächsten, nicht zur Verab-
sichtigung gelangen werde. Zu besonderen Schritten be-
züglich der Handelsverträge liegt unter diesen Umständen noch
nicht die geringste Nothwendigkeit vor. Dagegen habe die
deutsche Regierung über ihre etwaigen weiteren Absichten noch
keinerlei Erwähnung vor der Erklärung, die die Handelsverträge
gemäß den Bestimmungen der Zolltarif nicht
zu verlängern zu wollen. — Diese Schiedung entspricht unserer
Auffassung nach durchaus der Situation, wie sie sich gegenwärtig
gestaltet hat.

* In Wien hat eine impotente deutsche Volksbewegung
fast gänzlich, welche im Hinblick auf die programmatischen
Erklärungen des Reichstages anlässlich der Wahlen im
Abgeordnetenhaus zu letzterem Zusammenkunft aller
Deutschen in nationalen Organisationen zu gesamtgeringer
thätiger Unterthänigkeit aufzuforderte. Das es sehr wohl mög-
lich ist, unter Ausschaltung aller sonst thätigen Treuen
die deutschen Parteien alle auf deutschnationalen Boden
zusammenzuführen, das habe, wie von dem Haupttreuen hervor-
gehoben wurde, die letzte Wiener Reichstagswahl mit
der Kandidatur des Oberbürgermeisters Wittling gezeigt. Mit
großem Nachdruck wird noch lehrers des Referenten betont,
daß alle Parteien, gleichviel welcher Konfession, zu
gemeinsamer deutscher Kulturarbeit herangezogen werden
müssen.

* Im Zolltarif der getragenen Morgenanzüge wolle der Leser
beachten: in Zeile 6 von oben „verlassen“ statt „verbleiben“,
in Zeile 24 von oben „mitteleben“ statt „mittellieben“, endlich
in Zeile 19 von unten „Lagerperchen“ statt „Lagerhäusern“.

Volkswirtschaftliches.

Der Verein der Berliner Wuttertaufleute hat dem Reichs-
tage eine Petition unterbreitet, in welcher um die Abhebung
des Zolltarifentwurfs vorgehenden Erhöhung des
Butterzolltarifs gebeten wird. In der Eingabe heißt es:

Die deutsche Landwirthschaft verfährt immer
in sehr dem Markte, denn auch die Werten glücken leicht
Gehaltsverluste oder Samen-Abwärtigkeiten und stellen
sonst mehr und mehr seine Butter der Welt stellt des sich
an billiger Koch- und Backbutter, so daß an deren
Stelle seitdem der Verbrauch von Margarine bedeutend
gestiegen ist. Indessen geht es noch große Kreise von Ver-
braucher, welche den Vorzug der billigeren Naturbutter zu
Koch-, Back- und Backwaren zu ziehen wissen. Die höchsten
Preisebühnen, Wädel und Honigbienen, die Erziehung,
Beförderung, Heil- und Genußausfällen, sowie die größere
Anzahl der mittleren und kleinen Haushaltungen können und
wollen die billigen Naturbutter nicht entbehren. Da aber das
Inland nicht absehbar mehr die gebrauchte Menge solcher
Butter liefern, muß das fehlende Bedürfnis nun in we-
sentlich höherer Ueberproduktion für den Markt aus dem
Auslande bezogen werden. Wenn nun der Export durch erhöhten Zoll ein-
gehindert oder ganz unterbunden wird, so wird dies nur der
Margarine zu gute kommen und sich deren Verbrauch ins
Unbegrenzte steigern. Der deutschen Wirthschaft droht also
denn die Gefahr, daß sie für den gerodten Boden keinen
Nachschub mehr erhalten kann. Die deutsche Landwirthschaft
Butter selbst zu billigen Preisen keinen Absatz findet, denn wo
sie einmal die Margarine eingekauft hat, ist sie nicht mehr
und jedenfalls nicht so löblich zu verdrängen.

Auch die Vorkrethungen auf Erhöhung des Butterzolltarifs sind
nieder ein Beweis dafür, wie die Agrarier in vielen Fällen in
blinden Eifer sich in eigene Fleisch schneiden, denn daß eine
Erhöhung des Butterzolltarifs nicht etwa der feinen Zollebutter,
sondern, wie die Eingabe ganz richtig bemerkt, der Margarine
zugute kommen würde, liegt klar zu Tage. Aber die Erhöhung
des Butterzolltarifs um 10 Mark pro Doppelcentner, wie sie der
Regierungsentwurf vorschlägt, ist auch um deshalb unzulässig,
weil die deutsche Butterproduktion, genommen wie sie ist, den
Schwarz- und Weißbutter weit mehr nicht zu decken vermag, daß
darauf bezogen, daß im Jahre 1900 den nicht weniger denn
166,859 Doppelcentner im Werthe von 25,571,000 Mark ein-
geführt wurden. Es geht schon einleuchtend klar, trotzdem
noch derartige Vorkrethungen zu fördern und zu vertreten.

* Mit einer Erhöhung des Gehaltszolltarifs um 1 M.
soll sich, wie nach dem „Südn. Kur.“ in parlamentarischen

